

Bezugsgebühr:

Wochentäglich 2 Mr. 10 Pf. durch
die Post 3 Mr.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der näheren Umgebung, wo die Bezeichnung durch eigene Bote oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt am Sonntagsmorgen, die nicht am Samm. oder Feiertag folgen, in zwei Überlandzügen Abends und Morgens zugestellt.

Die Räume eingerichtet sind
und keine Verbindlichkeit.

Bernhardshausen:
Post 1 Mr. 11 n. Nr. 2006.

Telegraphen-Zeitung:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Julius Bentler, Dresden, Wallstr. 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Ofen und Herde, Haush., Küchen- und
Landwirtschafts-Geräthe.

Gegründet 1856

Hermann Ginkel

DRESDEN

Webergasse 16, I. Etage

Telephon Amt I 558

empfiehlt sich als beste

und billigste Bezugsquelle

von

-Heizöfen

-Badeöfen

-Kesselparaffin

-Leuchtern

-Gashüttenfeuer

Installateuren zu Engros-

Preisen.

Gas

Telegr.-Adresse:
Nachrichten, Dresden.

Julius Schädlich

Am See 16, part. u. I. Et.

Beleuchtungs-Gegenstände

für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Knechthustensaft (Edelkastanienextrakt) Flasche 75 Pfennige,
Knechthustenpflaster, a 50 Pfennige,
vorzügliche, zuverlässige Mittel zur Linderung und schnelle
Besserung des Knechthustens. Verwandt nach auswirkt.
Bessigkeiten des Knechthustens. Verwandt nach auswirkt.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthal.

Biesolt & Locke's MEISSNER Nähmaschinen haben Weltruf!
Niederlage bei J. Hörrig Nachn.
Inh. M. Eberhardt, 14 Marienstr. 14.

Lodenjoppen, Lodenmäntel, Lederjoppen, Jagdartikel
praktische Weihnachts-Geschenke, in reichster Auswahl empfiehlt Jos. Flechtl aus Tirol, Schlossstrasse 23, part. u. I. Etage.

Fr. 344. Spiegel: Scheinabschlüsse. Hofnachrichten. Vohnachrichten. Weihnachtsstimmung. Weihnachts- Nutzungsblatt. Blätterung: Freitag, 14. Dezember 1900.

Mit dem 1. Januar beginnt die

Bezugszeit auf das I. Vierteljahr 1901.

Der Bezugspreis für Dresden und die Vororte Blasewitz, Plauen und Löbtau beträgt bei Zulistung durch unsere Boten

2 Mk. 50 Pfg.

Eine Erneuerung der Bestellung seitens der bisherigen Bezieher ist nicht erforderlich, da die "Dresdner Nachrichten" ohne Unterbrechung weiter geliefert werden.

Die Leser in Dresden und der nächsten Umgebung, an welche die Zustellung durch unsere eigenen Boten oder Kommissionäre geschieht, erhalten die "Dresdner Nachrichten" an den Wochentagen, welche nicht auf einen Sonn- oder Feiertag fallen,

täglich 2 Mal
Morgens und Abends.

Geschäftsstelle der "Dresdner Nachrichten"
Marienstrasse 38.

Annahmestellen für Anzeigen und Bezugbestellungen:
Große Klosterstrasse 5, Johannes Pössler;
Lutherplatz 1, Karl Bölich;
Königsbrückestr. 39, Fritz Gilbers;
Fritz Reuterstr. 1, Alwin Kummer;
Bürgerstrasse 44 (Vorstadt Pieschen), Otto List;
Grunerstr. 17, Georg Wagner;
Ecke Pillnitzer- und Albrechtstr., Albert Kaul;
Sachsen-Allee 10, Erdmann Hindorf;
Zöllnerstr. 12, (Ecke Striesenstrasse), Max Roll;
Ellenburgerstr. 7, Hinterhaus I. Etage, am Markgraf Heinrich-Platz (Vorstadt Striesen), Otto Pilz;
Uhlandstr. 17, Otto Bischoff;
Schäferstr. 65, Gust. Seyler;
In Blasewitz: Tollkewitzerstr. 2, Heinr. Niebling;
In Löbtau: Wilsdrufferstr. 4, C. A. Götz;
Reisewitzerstr. 31, Arthur Schmidt;
In Plauen: Kirchstrasse 1 und Reisewitzerstrasse 2c, Arthur Matthaeus.

wellig zu sein pflegt — befindet, und darum ist eine möglichst baldige Verbreitung dieser brennenden Frage dringend notwendig.

Am 11. Januar d. J. erklärte der Staatssekretär des Innern, Graf v. Bodenrost, er werde Beratung nehmenden, durch Erhebungen festzustellen, ob das Ausverkaufswesen namentlich in Bezug auf Schein-Ausverkäufe tatsächlich jetzt wieder zu einem Unfall geführt sei; sollte sich das als Ergebnis der Erhebungen herausstellen, so "könne man allerdings erwarten", ob man den Vorherrschen des Geistes "nicht eine klarere und rechtlich unfehlbare Form giebt". Diese Worte klängen zu nicht sehr verheißungsvoll. Allein die Erhebungen haben stottern und scheinen bisher doch daß Ergebnis geliefert zu haben, daß die Schein-Ausverkäufe in der That zu einem Unfall sich gezeigt haben. Wenigstens lässt sich aus den offiziellen Hinweisen auf ein derartiges Ergebnis schließen. Bei der Erörterung der erwähnten Anträge wird die Regierung jedenfalls Anhänger nehmen, darüber schreibt sie Auskunft zu erhalten und auch Aufschluss zu geben über die Zeit, in welcher der Abschluss der in Aussicht genommenen "Erhebungen" zu erwarten sei. Denn jeder Tag der Verzögerung verschlimmert die Notlage und bringt dem reellen Handel, namentlich den kleinen Handelsbetrieben, unerlässliche Verluste, die um Weihnachten am empfindlichsten sind. Die im Geiste zur Bekämpfung des unlaunigen Wettkampfs gegen die Schein-Ausverkäufe gerichteten Maßregeln sind in der ersten Zeit ihres Bestehens durchaus wirksam gewesen. Nach und noch waren die reellenboten Ausverkaufs-Anzeigen in den Zeitungen und Schaukästen so ziemlich verschwunden, und es schwand, als sei dieser gewerbliche Auswuchs endgültig beseitigt. Da hältte das Reichsgericht ein Urteil, in dem auf Freilegung eines aus dem erwähnten Paragraphen angeklagten Unternehmens erkannt wurde, obwohl festgestellt war, daß der Angeklagte trotz seiner Anzeige "Total-Ausverkauf" immer neue Nachläufe von Waren vornehmen und den sogenannten Ausverkauf bis in's Unendliche verlängert hatte. Die Folgen dieses Urteils blieben nicht aus. Seit seinem Bekanntwerden hat das scheinbare, auf Täuschung berechnete Ausverkaufswesen einen neuen starken Aufschwung genommen, wie dies jedenfalls die amtlichen Erhebungen ergeben haben werden. Ist auf diese Weise die beabsichtigte Wirkung der geistig festgestellten Maßregeln in Frage gestellt, so kann es sich doch nur um die Fixierung einer Form handeln, in welcher der betreffende Gesetzesbestimmung seine Wirkung wieder in vollem Umfang gesichert wird. Von einem wirklichen Ausverkauf kann man doch nur dann reden, wenn es sich darum handelt, die auf dem Lager befindlichen Waren "auszuverkaufen"; d. h. mit dem Verkaufe anzuhören, wenn der bei Ankündigung des Ausverkaufs vorhandene Vorrat erschöpft ist. Nun wird eingewendet, daß es unmöglich sei, den letzten Rest an Waren noch an den Mann zu bringen; darum sei es nötig, das Lager zu ergänzen, um überhaupt "total" auszuverkaufen zu können. Allein der reelle Geschäftsmann, der sich entschließt, einen Ausverkauf seines ganzen Lagers oder eines Teils zu veranstalten, muß sich von vornherein darauf nicht machen, einen geringen Rest übrig zu behalten, den er schließlich in Wege der Versteigerung abgibt. Das war früher die Regel bei wirklich reellen Ausverkäufen und ist es noch heute. Wenn die Gesetzesvorschriften verlässlich zu machen, legalisiert bleiben sollte, so würden die gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Schein-Ausverkäufe kaum eine Bedeutung haben.

Einem Geschäftsmann, der einen reellen Ausverkauf veranstaltet, liegt unter allen Umständen daran, daß seine Absicht möglichst rasch verwirklicht werde. Mit einem Hinzuholen ist ihm nicht gedient, Nachläufe wird er also nicht vornehmen. Denn entweder ist seine Absicht, das Geschäft vollständig aufzulösen, oder die, sein Lager von Waren, die nicht mehr gangbar sind, zu entlasten. Das Publikum verbindet also mit Recht mit dem Geiste eines Ausverkaufs die besonders vorbehaltlose Einführung. Diese völlig berechnete Anziehung machen sich die Unternehmer von Schein-Ausverkäufen zu Nutzen, und die Folge ist, daß der Käufer überwöhnt, die reelle Konkurrenz aber durch den unredlichen Wettkampf stark geschädigt wird. Angriffsweise der Auslegung, welche die bezüglichen Gesetzesbestimmungen durch das Reichsgericht erfahren haben, führt sich der reelle Handel dem Ausverkaufswesen gegenüber als direkt schutzlos. Die Aufgabe, die der Regierung dem neuen "Ausfischung" der Schein-Ausverkäufe gegenüber obliegt, ist nach dem Tatsachen der "Kreis-Ztg.", der die Ausführungen im wesentlichen entnommen sind, keine schwierige, dafür aber eine sehr schwierige. Eine große Wichtigkeit steht im Reichstage bereit, einem Gelehrtenkongreß beizutreten, der nicht nur dem in Frage stehenden Paragraphen des Gesetzes zur Bekämpfung des unredlichen Wettkampfes eine klare und unfehlbare Fassung giebt, sondern auch noch Räte in Bezug auf die Verteilung der Ausverkaufsumverhandlungen schafft und den Behörden eine Kontrolle dieser Gesetzesausführung ermöglicht. Man kann also nur mit dem genannten Blatte vom Wunsch Ausdruck geben, daß diese in der That brennende gewerbliche Frage möglichst bald und möglichst wohlauf zum Abschluß gebracht werden möge.

Neueste Drahtmeldungen vom 13. Dezember.
(Sammeltage nicht als Briefe. Meldungen getrenntseitig. Deren Innen sind von Wolff's Tel. Bureau; die mit "vereinbart" und "mäthet" des Heraus eingegangen.

Der Krieg in China.

Berlin. (Brd.-Tel.) Aus Peking wird gemeldet: Die intensive Wiederaufnahme des Betriebs der fertigen Eisenbahn Tientsin-Peking scheitert an dem Mangel brauchbarer Maschinen und rohenden Materials, welche zu ergänzen die Russen nicht gegeben sind. — Aus Konstantinopel berichtet man, der Sultan solle bestreiten, den Kuban medaner in China zu kaufen, unter keinen Umständen die Hand zu bieten, die gegenwärtige Donaute zu fördern, vielmehr ihr loyal treu zu bleiben und die Schritte der Mächte zu unterstützen.

* Danzig. Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Nagel, der nach 22-jähriger Bagabondage ergangen worden ist, wegen eines im Januar 1878 bei Braus an einer Brudertötung verübten Raubmordes zum Tode. Der Angeklagte verlor sich zu die noch 20 Jahren eingetretene Verjährung. Diese war aber durch den Umstand unterbrochen, daß 1887 die Erneuerung des Stadtbüros richtiglich angeordnet war.

* Paris. Die Cammer nahm mit 329 gegen 244 Stimmen den Paratanz 1 der Amnestievorlage an, welcher Amnestie für

mit der Dresden - Angelegenheit in Verbindung stehende Delikte gewählt, ebenso mit 216 gegen 213 Stimmen einen Abänderungsantrag, wonach wegen Vertrags über Spionage Verurtheilte von den Amnestie ausgeschlossen sind.

* London. Unterhaus. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen erklärt, Canada sei gegenwärtig auf den deutschen Märkten von der Behandlung der meistbürglichen Nationen ausgeschlossen. Die Regierung bedauert dies, aber, da zwischen Deutschland und England kein Handelsvertrag besteht, könne Deutschland die Tarife nach seinem Belieben regulieren. Die englische Regierung legt dieser Frage sehr große Bedeutung bei. — Der Parlamentsunterstaatssekretär des Auswärtigen, Brodrick führt aus, die Gesamtzahl der aus Transvaal ausgewanderten Menschen betrage 4366. Eine aus Offizieren und Civilisten zusammengesetzte Kommission werde ernannt werden, um über die Entschädigungsforderungen zu berathen. Die Frage der Erlaubnis zur Rückkehr für alle ausgemigrierten Personen werde mettorisch in Erwägung gezogen werden.

Berlin. (Brd.-Tel.) Reichstag. Bei sehr schwach besetztem Hause wird in der ersten Verhandlung des Staats fortgesetzt. — Abg. Hugo (Centr.): Um die Finanzlage des Reiches zu verbessern, gebe es nur drei Wege: Sparmaßnahmen, Herabsetzung der Einzelsteuern auf dem Wege der Matrikelbeiträge und Erhöhung neuer Steuern. Keinesfalls sei aber eine Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbfolgssteuer zulässig, und das würde ein Eingriff in die Finanzfreiheit der Einzelnationen sein. Für die Landwirtschaft sei ein ausgedehnter Sozialfonds nötig durch entsprechende Erhöhung der Getreidesteuern. — Abg. v. Hodenberg (Weltp.): Seine Freunde hätten zwar keine Veranlassung zu belohnendem Danken gegen den Fürsten Hohenlohe, aber als deutscher Staatsbürger hätten sie sich doch für verpflichtet angesehen, daß er nicht bloß durch Verhindern, sondern auch durch große positive Leistungen eigentlich gewirkt habe, so durch Aufhebung des Bindungsvertrags. Wenn man jetzt über die Finanzlage klagen könnte, so hätte man doch lieber das Stöttinger ableben lassen sollen. Was den Präsidenten Krüger anlangt, so habe sich in diesem Falle die Königin Wilhelmine von Holland als der einzige Mann aus europäischen Fürstenthönen bewiesen. (Herrlicher): Graf Bülow habe gestern einen Vorschlag erfochten. Die deutsche Politik, die jetzt getrieben werde, sei ohne Herz und deshalb auch ohne Treue. Nebenbei zeige sich aber jetzt eine Annahme der Reichsverdrossenheit. — Abg. Dr. Habu (W. d. L.) verlangt starke Trennung der auswärtigen und der wirtschaftlichen Politik durch den Reichsanzler und wünscht fester Anhaftung des durch Caprivi abgesetzten Präsidenten nach Rückland, dann würden wir uns auch wieder ohne Furcht vor Verwicklungen mit aller Welt bewegen können. Mit den guten Beziehungen in England, von denen ihm jede, die man manchmal zu gut geworden seien, sei Deutschland nicht immer gut gekommen. Die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts dürfte keinesfalls aufrecht erhalten werden. Obwohl ein wirtschaftlich starkes Volk hinter sich zu haben, könne der Reichsanzler auch keine gute austro-politische Politik treiben. Untere Chancen müssen nur dem mobilen Kapital, für dieses allein müsse das Land jetzt so große Opfer bringen. Redner empfiehlt dafür einen Ausgleich durch höhere Steuern. Wenn man den mübelnden Gewinn bei diesem Ausgleich bedenkt, so erkenne ihm eine Steuer von 10 Prozent aus, was nicht zu hoch. Weiter sei geboten eine Besteuerung der Tantien von Direktoren und Aufsichtsräten, ferner eine Besteuerung der Vorsitzenden über 5 Prozent. Auf die Sollfragen eingehend, rätselt Redner: Um Gottes Willen, nicht wieder so einen Handelsvertrag wie den russischen! Er nimmt dann die Politik des Reichsanzlers gegen den v. Hodenberg'schen Vorwurf des Machiavellismus in Schutz, bestätigt aber den Nichtempfang Krüger's und die schlechte Verhandlung, die Graf Bülow den Alldeutschen habe angehoben lassen, die beiden kämpfen für das Deutschland. — Abg. Werner (Nat.) hat den Eindruck, als ob unsere Politik doch nicht ganz ohne Furcht vor England, dann würden wir uns auch wieder ohne Furcht vor Verwicklungen mit aller Welt bewegen können. Mit den guten Beziehungen in England, von denen ihm jede, die man manchmal zu gut geworden seien, sei Deutschland nicht immer gut gekommen. Die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts dürfte keinesfalls aufrecht erhalten werden. Obwohl ein wirtschaftlich starkes Volk hinter sich zu haben, könne der Reichsanzler auch keine gute austro-politische Politik treiben. — Abg. Dr. von Stosch (Centr.): Ich nimmt dann die Politik des Reichsanzlers gegen den v. Hodenberg'schen Vorwurf des Machiavellismus in Schutz, bestätigt aber den Nichtempfang Krüger's und die schlechte Verhandlung, die Graf Bülow den Alldeutschen habe angehoben lassen, die beiden kämpfen für das Deutschland. — Abg. Werner (Nat.) hat den Eindruck, als ob unsere Politik doch nicht ganz ohne Furcht vor England, dann würden wir uns auch wieder ohne Furcht vor Verwicklungen mit aller Welt bewegen können. Mit den guten Beziehungen in England, von denen ihm jede, die man manchmal zu gut geworden seien, sei Deutschland nicht immer gut gekommen. Die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts dürfte keinesfalls aufrecht erhalten werden. Obwohl ein wirtschaftlich starkes Volk hinter sich zu haben, könne der Reichsanzler auch keine gute austro-politische Politik treiben. — Abg. Dr. von Stosch (Centr.): Ich nimmt dann die Politik des Reichsanzlers gegen den v. Hodenberg'schen Vorwurf des Machiavellismus in Schutz, bestätigt aber den Nichtempfang Krüger's und die schlechte Verhandlung, die Graf Bülow den Alldeutschen habe angehoben lassen, die beiden kämpfen für das Deutschland. — Abg. Werner (Nat.) hat den Eindruck, als ob unsere Politik doch nicht ganz ohne Furcht vor England, dann würden wir uns auch wieder ohne Furcht vor Verwicklungen mit aller Welt bewegen können. Mit den guten Beziehungen in England, von denen ihm jede, die man manchmal zu gut geworden seien, sei Deutschland nicht immer gut gekommen. Die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts dürfte keinesfalls aufrecht erhalten werden. Obwohl ein wirtschaftlich starkes Volk hinter sich zu haben, könne der Reichsanzler auch keine gute austro-politische Politik treiben. — Abg. Dr. von Stosch (Centr.): Ich nimmt dann die Politik des Reichsanzlers gegen den v. Hodenberg'schen Vorwurf des Machiavellismus in Schutz, bestätigt aber den Nichtempfang Krüger's und die schlechte Verhandlung, die Graf Bülow den Alldeutschen habe angehoben lassen, die beiden kämpfen für das Deutschland. — Abg. Werner (Nat.) hat den Eindruck, als ob unsere Politik doch nicht ganz ohne Furcht vor England, dann würden wir uns auch wieder ohne Furcht vor Verwicklungen mit aller Welt bewegen können. Mit den guten Beziehungen in England, von denen ihm jede, die man manchmal zu gut geworden seien, sei Deutschland nicht immer gut gekommen. Die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts dürfte keinesfalls aufrecht erhalten werden. Obwohl ein wirtschaftlich starkes Volk hinter sich zu haben, könne der Reichsanzler auch keine gute austro-politische Politik treiben. — Abg. Dr. von Stosch (Centr.): Ich nimmt dann die Politik des Reichsanzlers gegen den v. Hodenberg'schen Vorwurf des Machiavellismus in Schutz, bestätigt aber den Nichtempfang Krüger's und die schlechte Verhandlung, die Graf Bülow den Alldeutschen habe angehoben lassen, die beiden kämpfen für das Deutschland. — Abg. Werner (Nat.) hat den Eindruck, als ob unsere Politik doch nicht ganz ohne Furcht vor England, dann würden wir uns auch wieder ohne Furcht vor Verwicklungen mit aller Welt bewegen können. Mit den guten Beziehungen in England, von denen ihm jede, die man manchmal zu gut geworden seien, sei Deutschland nicht immer gut gekommen. Die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts dürfte keinesfalls aufrecht erhalten werden. Obwohl ein wirtschaftlich starkes Volk hinter sich zu haben, könne der Reichsanzler auch keine gute austro-politische Politik treiben. — Abg. Dr. von Stosch (Centr.): Ich nimmt dann die Politik des Reichsanzlers gegen den v. Hodenberg'schen Vorwurf des Machiavellismus in Schutz, bestätigt aber den Nichtempfang Krüger's und die schlechte Verhandlung, die Graf Bülow den Alldeutschen habe angehoben lassen, die beiden kämpfen für das Deutschland. — Abg. Werner (Nat.) hat den Eindruck, als ob unsere Politik doch nicht ganz ohne Furcht vor England, dann würden wir uns auch wieder ohne Furcht vor Verwicklungen mit aller Welt bewegen können. Mit den guten Beziehungen in England, von denen ihm jede, die man manchmal zu gut geworden seien, sei Deutschland nicht immer gut gekommen. Die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts dürfte keinesfalls aufrecht erhalten werden. Obwohl ein wirtschaftlich starkes Volk hinter sich zu haben, könne der Reichsanzler auch keine gute austro-politische Politik treiben. — Abg. Dr. von Stosch (Centr.): Ich nimmt dann die Politik des Reichsanzlers gegen den v. Hodenberg'schen Vorwurf des Machiavellismus in Schutz, bestätigt aber den Nichtempfang Krüger's und die schlechte Verhandlung, die Graf Bülow den Alldeutschen habe angehoben lassen, die beiden kämpfen für das Deutschland. — Abg. Werner (Nat.) hat den Eindruck, als ob unsere Politik doch nicht ganz ohne Furcht vor England, dann würden wir uns auch wieder ohne Furcht vor Verwicklungen mit aller Welt bewegen können. Mit den guten Beziehungen in England, von denen ihm jede, die man manchmal zu gut geworden seien, sei Deutschland nicht immer gut gekommen. Die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts dürfte keinesfalls aufrecht erhalten werden. Obwohl ein wirtschaftlich starkes Volk hinter sich zu haben, könne der Reichsanzler auch keine gute austro-politische Politik treiben. — Abg. Dr. von Stosch (Centr.): Ich nimmt dann die Politik des Reichsanzlers gegen den v. Hodenberg'schen Vorwurf des Machiavellismus in Schutz, bestätigt aber den Nichtempfang Krüger's und die schlechte Verhandlung, die Graf Bülow den Alldeutschen habe angehoben lassen, die beiden kämpfen für das Deutschland. — Abg. Werner (Nat.) hat den Eindruck, als ob unsere Politik doch nicht ganz ohne Furcht vor England, dann würden wir uns auch wieder ohne Furcht vor Verwicklungen mit aller Welt bewegen können. Mit den guten Beziehungen in England, von denen ihm jede, die man manchmal zu gut geworden seien, sei Deutschland nicht immer gut gekommen. Die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts dürfte keinesfalls aufrecht erhalten werden. Obwohl ein wirtschaftlich starkes Volk hinter sich zu haben, könne der Reichsanzler auch keine gute austro-politische Politik treiben. — Abg. Dr. von Stosch (Centr.): Ich nimmt dann die Politik des Reichsanzlers gegen den v. Hodenberg'schen